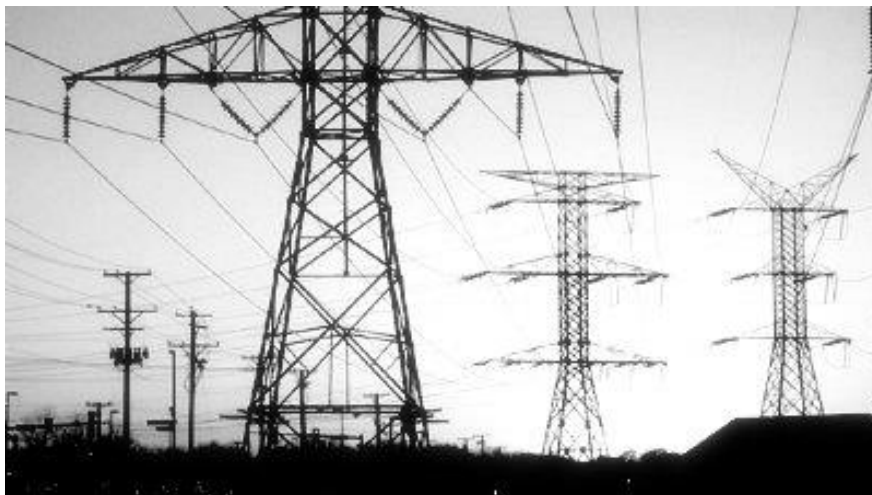


**Der Premierminister und der Atomunfall:
Zur Bewertung des Krisenmanagements
von Naoto Kan
während der Fukushima Atomkatastrophe**

Frank Rövekamp



Der Premierminister und der Atomunfall: Zur Bewertung des Krisenmanagements von Naoto Kan während der Fukushima Atomkatastrophe ¹

Frank Rövekamp

1 Einleitung

Japanische Premierminister kommen und gehen. Seit Inkrafttreten der Nachkriegsverfassung im Jahre 1947 hatten 30 Männer dieses Amt inne, die meisten davon nur über einen Zeitraum von weniger als 2 Jahren. Nur wenige Namen sind in breiterer Erinnerung geblieben, wie vielleicht Shigeru Yoshida, der wesentliche Impulse für die japanische Nachkriegsordnung gegeben hat, Kakuei Tanaka, der die japanische Politik in den 1970er Jahren auch außerhalb des Amtes maßgeblich prägte, Yasuhiro Nakasone in den 1980er oder Junichirō Koizumi Anfang der 2000er Jahre.

Naoto Kan war nur eine kurze Amtszeit von einem Jahr und drei Monaten beschieden. Da in diese Zeit jedoch das Große Tōhoku Erdbeben vom 11. März 2011 und das sich anschließende Atomunglück von Fukushima fiel, ist ihm ein Platz in der Geschichte sicher. Die Frage ist nur welcher. Mit dem Ausscheiden aus seinem Amt war die Popularität von Naoto Kan, einstmals einer der beliebtesten Politiker Japans, auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Politikredaktion der Yomiuri Zeitung, mit einer Auflage von knapp 12 Millionen die größte Tageszeitung Japans und der Welt (YS 2015: 7), brachte noch 2011 das Buch mit dem Titel „Der Premierminister, der das Land ruinierte“ heraus (YS Seijibu 2011).

Der Welt könnte es egal sein. Aufgrund der weitreichenden Implikationen des Atomunfalls von Fukushima verdient die Angelegenheit jedoch eine genauere Untersuchung. Viele Länder dieser Welt setzen auch weiter auf die Atomenergie, aber ein großes Atomunglück hat nicht nur das Potential, außerordentlich weitreichende und langfristige Umweltschäden herbeizuführen, sondern es birgt auch die Gefahr des Zusammenbruchs geordneter politischer und gesellschaftlicher Strukturen. Das Krisenmanagement der politisch Verantwortlichen in Japan verdient daher die höchste internationale Aufmerksamkeit.

Naoto Kan hat seine Sicht der Dinge in einer Rückschau auf den Atomunfall veröffentlicht (Kan 2015). Da er der höchste Entscheidungsträger während der Krise war, ist das per se ein sehr wichtiger Beitrag. Sein Krisenmanagement muss jedoch auf den Prüfstand gestellt werden, um den Gehalt und die Glaubwürdigkeit seiner Ausführungen einordnen zu können. Eine inzwischen umfangreiche Primärquellenlage unterstützt diese Arbeit: Neben Kan haben andere prominente Mitglieder des Krisenteams ihre Erinnerungen veröffentlicht. Dazu zählen der damalige Wirtschaftsminister Banri Kaiēda (Kaiēda 2012), der Kabinettssekretär Yukio Edano (Edano 2012), der stellvertretende Kabinettssekretär Tetsurō Fukuyama (Fukuyama 2012), der Assistent des Premierministers und spätere Staatsminister Gōshi Hosono (Hosono und Torigoe 2012) sowie Haruki Madarame (Okamoto 2012), der Leiter der Nuklearen

¹ Erscheint in „Japan 2015“, dem Jahrbuch der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V.

Sicherheitskommission. Weiter haben vier Untersuchungsausschüsse zum Atomunfall – der Untersuchungsausschuss des Parlaments (NAIIC 2012), der Untersuchungsausschuss der Regierung (ICAFNPS 2012), der Untersuchungsausschuss des Betreibers TEPCO (Töden 2012) und ein von privaten Institutionen organisierter Untersuchungsausschuss (Fukushima Kenshōinkai 2012) – nach eingehender Befragung zahlreicher Zeugen über mehrere 1000 Seiten zu den verschiedensten Aspekten des Unglücks berichtet und Empfehlungen geben. Der Journalist Yoshio Shioya weiterhin hat sich die Mühe gemacht die Dokumentation der Untersuchungsausschüsse eingehend zu sichten, die Ergebnisse zu vergleichen und einige wichtige Schlussfolgerungen daraus zu ziehen (Shioya 2013). Eine weitere wichtige Primärquelle sind die Aufzeichnungen der Videokonferenzen zwischen der TEPCO-Zentrale und der Führung des Atomkraftwerks (Kiroku Chiimu 2013), die bisher allerdings nur teilweise veröffentlicht wurden. Schließlich hat der Journalist Ryūshō Kadota einflussreiche Beiträge geleistet, indem er auf Basis ausführlicher Gespräche mit dem damaligen Werksleiter von Fukushima Daiichi, Masao Yoshida, den Verlauf des Unfalls in der Atomanlage detailliert dokumentiert hat (Kadota 2012 und 2014).

Die Untersuchung des Krisenmanagements ermöglicht schließlich eine Annäherung an die folgenden Fragen, denen der vorliegende Beitrag nachgeht: Rechtfertigen die Leistungen von Naoto Kan während seiner Amtszeit das oben dargestellte Urteil der Politikredaktion der Yomiuri Zeitung? Wenn nein, aus welchen Gründen ist dann seine Popularität bis zu seinem Ausscheiden aus den Amt so stark eingebrochen? Welche Schlussfolgerungen können weiter daraus gezogen werden?

2 Atomunglück und Krisenmanagement

2.1 Der Verlauf des Unglücks und das Entscheidungsumfeld

Zunächst soll der Unfallhergang und das sich daraus ergebende Entscheidungsumfeld aus der Sicht der politischen Entscheidungsträger rekapituliert werden (Newton 2014: 30-50).

Das Erdbeben der Stärke 9 ereignete sich am 11. März 2011 um 14.46 Uhr und etwa ein Dreiviertelstunde später brachen zwei Tsunamiwellen über die Ostküste von Japan ein. Das Atomkraftwerk Fukushima Daiichi bestand aus sechs Reaktoren, von denen drei in Betrieb waren. Weiterhin befanden sich sieben Abklingbecken für verbrauchte Kernbrennstäbe auf dem Gelände. Durch das Erdbeben wurde die Notabschaltung der laufenden Reaktoren ausgelöst, aber die anschließenden Tsunamis zerstörten die Notstromversorgung der Atomanlage, die Reaktoren konnten nicht weiter gekühlt werden, so dass wenige Stunden später die Kernschmelze einsetzte. Damit war die Gefahr einer Zerstörung der Reaktorsicherheitsbehälter gegeben, was außerordentlich große Mengen an Radioaktivität freigesetzt hätte. Weiter drohten die Abklingbecken mit den verbrauchten Kernbrennstäben trocken zu laufen, wodurch auch deren radioaktives Potential in die Umwelt gelangt wäre. Im schlimmsten Falle, d.h. bei der Zerstörung der drei aktiven Reaktoren und bei der Austrocknung der Abklingbecken hätte gesamt Ost-Japan einschließlich der Hauptstadt Tokio zur Evakuierungszone erklärt werden müssen (Kondō 2011). 50 Millionen Menschen, also

fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung, hätten umgesiedelt werden müssen, was möglicherweise einen Zusammenbruch der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen nach sich gezogen hätte.

Dass es soweit nicht gekommen ist, ist auf eine Mischung der Anstrengungen aller Einsatzkräfte unter ständiger Lebensgefahr und auf Glück bzw. auf nicht aufklärbare Faktoren zurückzuführen. Über die Wiederherstellung der Stromversorgung im Atomkraftwerk am 19. März hinaus mussten die Reaktoren mit von außen zugeführtem Wasser gekühlt werden. Das gelang nur unvollständig und in Schüben. Warum die Reaktoren dennoch Stand hielten, kann bisher nur vermutet werden.

Die Unfallbekämpfung wurde zunächst durch die Verwüstungen von Erdbeben und Tsunami im weiteren Umfeld der Atomanlage erheblich erschwert. Die Infrastruktur um das Kraftwerk war zerstört, Zufahrtswege waren blockiert, und an geordnete Aufräumarbeiten war aufgrund der durch die Naturkatastrophe verursachten chaotischen Zustände nicht zu denken.

Damit wurde auch eine wesentliche Maßnahme hinfällig, die zur Bekämpfung von Atomunfällen im Gesetz vorgeschrieben war. Das Gesetz sieht vor, dass eine sogenannte off-site Zentrale außerhalb aber nahe des Werksgeländes die Unfallbekämpfungsmaßnahmen koordiniert. Die Einrichtung einer funktionsfähigen off-site Zentrale war jedoch unter den gegebenen Umständen unmöglich (NAIIC 2012b: 36-39). Weitere Bestimmungen im Atomunfallgesetz, setzten den Rahmen für die ersten Tage wie folgt: Zuständig für die Eindämmung des Unfalls innerhalb des Werksgeländes ist der Betreiber, in diesem Falle also TEPCO. Die Regierung ist verantwortlich für alle Maßnahmen außerhalb des Werksgeländes, u.a. Evakuierungen der Bevölkerung. Über die Bildung einer formellen Zentrale zur Bekämpfung eines Atomunfalls wird der Premierminister in die Lage versetzt, dem Betreiber Anweisungen zu erteilen (ICAFNPS 2012: 55-64). Wie jedoch zu verfahren ist, wenn der Betreiber seiner Pflicht zur Unfallbekämpfung in nicht ausreichender Weise nachkommt bzw. nachkommen kann, darüber schweigt sich das Gesetz aus.

Tatsächlich war TEPCO auf die Bekämpfung eines solchen Atomunfalls in völlig unzureichender Weise eingestellt (NAIIC 2012b: 2-30). Da eine Tsunami des gegebenen Ausmaßes im Vorfeld für ausgeschlossen gehalten wurde, war das Kraftwerk von vornherein nicht darauf angelegt, einer solchen standzuhalten. Spätere Untersuchungen haben ergeben, dass TEPCO auch Maßnahmen, die generell die Sicherheit von Fukushima Daiichi erhöhen sollten, über Jahre verschleppt hat. Weiter gab es keine Handbücher, Szenarien oder Anweisungen, wie zu verfahren ist, wenn aus welchen Gründen auch immer, die Stromzufuhr für eine längere Zeit unterbrochen wird. Nach Ausbruch der Krise manifestierten sich schließlich gravierende grundsätzliche Probleme des Krisenmanagements bei TEPCO. Die Kommunikationsprobleme zwischen der Leitung der Atomanlage und der Hauptverwaltung waren beträchtlich. Schlichtweg katastrophal war das Kommunikationsverhalten von TEPCO gegenüber dem Premierministeramt, obwohl Mitglieder des TEPCO-Managements in das dortige Krisenteam entsandt wurden. Die TEPCO-Mitarbeiter waren jedoch nicht in der Lage, über die Geschehnisse im Atomkraftwerk zeitnah zu informieren, geschweige denn hinreichende Erklärungen zu geben oder Vorhersagen zu machen.

Eine weitere Institution, die eine maßgebliche Rolle bei der Unfallbekämpfung einzunehmen hatte, aber ihren Verpflichtungen in keiner Weise gerecht wurde, war die Atomaufsichtsbehörde (Nuclear and Industrial Safety Agency, NISA), die dem Wirtschaftsministerium angegliedert war (NAIIC 2012a: 33, 34). Legendär ist die Episode, wie der Leiter der Behörde, Terasaka, nach dem Atomunglück im Premierministeramt erschien, um Erläuterungen abzugeben, dazu aber gar nicht in der Lage war. Auf Nachfrage von Kan gab er dann an, er sei schließlich auch kein Experte, sondern ein Absolvent der Wirtschaftsfakultät der Tokio Universität (AS 2012: 218; Kan 2015: 47). Terasaka ward daraufhin während der heißen Krisenphase nicht mehr im Premierministeramt gesehen. Es dauerte mehrere Tage, bis aus dem Umfeld der NISA ein Nuklearexperte ausfindig gemacht werden konnte, der das Krisenteam sinnvoll unterstützen konnte. In keiner Weise wurde die NISA jedoch ihrer angedachten Führungsfunktion bei der Unfallbekämpfung gerecht. Weder trug sie zu einer verbesserten Informationslage bei, noch unterbreitete sie sinnvolle Vorschläge zur Unfallbekämpfung (Okamoto 2012: 38-42).

Premierminister Naoto Kan - und es gibt keinen Grund für die Annahme, dass es bei jeder anderen Person in diesem Amt nicht genauso gewesen wäre - sah sich also mit der folgenden Lage konfrontiert: Auf der einen Seite geriet der Atomunfall zunehmend außer Kontrolle und drohte das gesamte Land in eine katastrophale und existenzbedrohende Krise zu stürzen. Zuverlässige Informationen gab es jedoch nicht. Die maßgeblichen Institutionen für die Unfallbekämpfung, der Betreiber des Atomkraftwerks TEPCO und die Atomaufsichtsbehörde NISA, waren ihren Aufgaben in dieser Situation wenig bis gar nicht gewachsen. Schließlich gab es weder Vorerfahrungen noch irgendein Drehbuch, wie in einer solchen Lage zu verfahren sei. Und die ganze Welt schaute zu.

2.2 Drei Schlüsselereignisse

Unter diesen Rahmenbedingungen sollen nun drei Schlüsselereignisse während der Krise herangezogen werden, die das Bild vom Krisenmanagement Naoto Kans besonders geprägt haben: Die Inspektionsreise von Kan in das Atomkraftwerk am frühen Morgen des 12. März; die Diskussion über die Zuführung von Meerwasser in einen der Reaktoren am späten Nachmittag des 12. März; die Reaktionen auf den von TEPCO möglicherweise angedachten vollständigen Rückzug aller Mitarbeiter aus der Atomanlage am 15. März².

Die Inspektionsreise in das Atomkraftwerk

Am frühen Morgen des 12. März begab sich Premierminister Naoto Kan mit einem Hubschrauber der Selbstverteidigungsstreitkräfte für eine knappe Stunde in das Atomkraftwerk, um sich persönlich einen Eindruck von der Situation zu verschaffen. Diese Reise ist größtenteils heftig kritisiert worden. Sie brachte Kan den Vorwurf ein, Mikromanagement zu betreiben und sich exzessiv in die operative Unfallbekämpfung

² Einen Überblick über weitere Ereignisse im Zusammenhang mit Kans Krisenmanagement gibt Samuels (Samuels 2013: 10-16).

einzumischen (Shinoda 2013: 205-206). Es wurde auch der Verdacht geäußert, dass diese Reise den Unfallverlauf verschlimmert habe, da sie die Aufmerksamkeit der Werksleitung abgelenkt habe. So schreibt der parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung des Atomunfalls in seiner Executive Summary: „The Prime Minister made his way to the site to direct the workers who were dealing with the damaged core. This unprecedented direct intervention by the Kantei [official residence of the Prime Minister] diverted the attention and time of the on-site operational staff and confused the line of command.”(NAIIC 2012a: 18)

Die Situation im Werk war auf das äußerste angespannt. Die Mannschaft bemühte sich darum, eine kontrollierte Druckentlastung, das sog. „Venting“, für den Reaktor 1 herbeizuführen. Dadurch würden große Mengen an Radioaktivität in die Umwelt gelangen, aber ein mögliches Zerbersten des Reaktors musste vermieden werden. Das Premierministeramt hatte auf dringendes Ersuchen von TEPCO seine Zustimmung gegeben, und eigentlich sollte der Prozess bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. über die Bühne gehen. Technische Probleme verzögerten die Sache jedoch für viele Stunden, ohne dass die Zentrale von TEPCO in der Lage gewesen wäre, dem Premierministeramt hinreichende Erklärungen dafür zu liefern. Das markierte den Anfang der tiefen Vertrauenskrise zwischen den Politikern des Landes und dem Betreiber der Atomanlage (Hosono und Torigoe 2012: 36-45).

Kan entschloss sich zum Besuch von Fukushima Daiichi, um ein Verständnis für die Lage vor Ort zu gewinnen, die dem Premierministeramt weder von der TEPCO-Zentrale noch von der NISA vermittelt werden konnte. Der Besuch war auch in seinem Umfeld umstritten, barg er doch gesundheitliche Risiken oder die Gefahr, dass die Werksmannschaft von der akuten Unfallbekämpfung abgelenkt wurde. Kan war sich bewusst, dass er später herbe politische Kritik für die Aktion zu erwarten habe (Kan 2015: 52-55).

Auch die Werksmannschaft um Werksleiter Yoshida war alles andere als begeistert von der Visite. Nicht zutreffend ist jedoch der Vorwurf, der Besuch Kans habe aufgrund der Vorbereitungen dazu zu Unterbrechungen wichtiger Arbeiten geführt. Nach Aussage von Yoshida und anderen übereinstimmenden Berichten, wurden überhaupt keine besonderen Vorbereitungen für den Empfang getroffen, und ähnliches wurde auch nicht verlangt (Kadota 2012: 136-139). Der Besuch nahm insgesamt 53 Minuten in Anspruch. Das Auftreten Kans war zwar geprägt durch große Ungeduld und einen äußerst gereizten Umgangston, aber er gab keine Anweisungen im Werk (Kadota 2012: 145-156; Okamoto 2012: 17-25³). Vielmehr wollte er ein Verständnis für die Gründe der Verzögerungen beim Venting und für den Professionalitätsgrad der Werksleitung gewinnen. Insbesondere mit Bezug auf den letzten Punkt war der Besuch aus der Sicht von Kan sehr erfolgreich. Er gewann einen sehr positiven Eindruck von der fachlichen Kompetenz und den Führungsqualitäten von Werksleiter Yoshida, und er gewann insgesamt die Überzeugung, dass die operative Mannschaft in Fukushima Daiichi unabhängig von den Problemen mit und in der TEPCO-Zentrale alles in ihren Kräften Stehende tun würde, um den Unfall effektiv zu bekämpfen. Nach Kans Aussage

³ Der Journalist Kadota und der ehemalige Leiter der Nuklearen Sicherheitskommission Madarame, dessen Aussagen von Okamoto dokumentiert wurden, gehören zu den schärfsten Kritikern Kans. Entsprechend subjektiv erscheinen deren Ausführungen. Aber selbst in diesen Quellen wird nicht der Vorwurf erhoben, Kan habe im Werk Anweisungen erteilt.

hat diese Erkenntnis viele seiner späteren Entscheidungen maßgeblich beeinflusst (Kan 2015: 57, 58).

Auch der Vorwurf, Kan habe mit seinem Besuch das Venting verzögert, entspricht nicht den Tatsachen (NAIIC 2012b: 53; ICAFNPS 2012b: 8). Die Arbeiten daran wurden nicht unterbrochen und die Aktion war schließlich erst viele Stunden nach dem Besuch, gegen 14.30 Uhr, erfolgreich. Die gegenteilige Behauptung, Kan habe durch die Visite das Venting beschleunigt, da TEPCO die Maßnahme in der Phase eigentlich noch vermeiden wollte, um die Unfallbekämpfung voll unter eigener Kontrolle zu behalten⁴, ist allerdings auch nicht belegbar (NAIIC 2012b: 53).

Japanische Kommentatoren vertreten vielfach die Ansicht, dass der Premierminister als höchster Verantwortlicher des Landes nicht seinen Kommandostand, das Premierministeramt, hätte verlassen dürfen. Ein General begibt sich nicht an die vorderste Front des Schlachtfeldes (Shinoda 2013: 206). Ein Ausharren hätte jedoch bedeutet, bei den weiteren Entscheidungen auf den Rat wenig vertrauenswürdiger Akteure aus der TEPCO-Zentrale hören zu müssen, ohne jegliches Gefühl für die Lage am Ort des Geschehens.

Im Lichte der Ausführungen dieses Kapitels muss schließlich die oben zitierte Aussage des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „The Prime Minister made his way to the site to direct the workers...“ kritisch betrachtet werden. Der dadurch vermittelte Eindruck, Kan habe im Werk operative Anweisungen erteilt, entspricht nicht den Tatsachen. Auch Kans schärfste Kritiker haben das nicht behauptet, und es ergibt sich auch nicht aus den detaillierten Ausführungen des Untersuchungsausschusses selbst zum Werksbesuch (NAIIC 2012b: 45-64). Dass ausgerechnet in der Executive Summary, die von allen Teilen des Untersuchungsberichts die weiteste Verbreitung gefunden haben dürfte, gleich zweimal (NAIIC 2012a: 18 und 33) diese Formulierung aufgegriffen wird, dürfte das Bild über den Besuch in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht unbeträchtlich beeinflusst haben.

Die Meerwasseraffäre

Der 12. März sah weitere dramatische Entwicklungen. Eine davon war die Wasserstoffexplosion des Reaktorgebäudes 1 um 15.36 Uhr. Diese kam insbesondere deswegen überraschend, weil eine vorherige Anfrage von Kan an den Leiter der Nuklearen Sicherheitskommission, Haruki Madarame, ob eine solche Explosion möglich sei, zuvor negativ beschieden wurde (Kushida 2013: 425). Kan und andere Politiker erfuhren von dieser Explosion – gleichzeitig wie vielleicht eine Milliarde anderer Menschen – aus dem Fernsehen. Die gesendeten Fernsehbilder waren jedoch etwa eine Stunde alt. Eine Information an das Premierministeramt durch TEPCO unmittelbar nach der Explosion war nicht erfolgt und ließ auch anschließend auf sich warten. Kabinettssekretär Edano musste sodann kurz nach den Fernsehbildern im Rahmen einer bereits zuvor angesetzten Pressekonferenz vor die Öffentlichkeit treten (Kushida 2013: 411). Diese Episode zerstörte die letzten Reste des

⁴ Durch die freigesetzte Radioaktivität beim Venting wuchs sich der Unfall endgültig zur nationalen Krise aus.

Vertrauens der Politiker in die Kompetenz der Regulierungsbehörden und in das Krisenmanagement von TEPCO.

Am Nachmittag des Tages spitzte sich die Lage um den Reaktor 1 weiter zu. Eine Kühlung von außen war dringend erforderlich, aber da keine ausreichenden Mengen an Süßwasser mehr zur Verfügung standen, wurde vorgeschlagen, Meerwasser zu verwenden. Dazu entspann sich eine Diskussion im Premierministeramt, da nach den Erfahrungen mit der Explosion des Reaktorgebäudes der Rat der Fachleute zunehmend hinterfragt wurde (Hosono und Torigoe 2012: 72). Kans naturwissenschaftlicher Hintergrund, er hatte einst angewandte Physik studiert, mag diese Tendenz befördert haben. Meerwasser hat aufgrund des Salzgehaltes stark korrodierende Wirkungen. Es war nicht klar, ob und wie das die Prozesse im Reaktorinneren beeinflussen könnte (Lochbaum, Lyman und Stranahan 2013: 60, 283). Kan, der unter dem Eindruck stand, die Meerwassereinleitung erfordere noch eine Vorbereitungszeit von zwei Stunden, ordnete eine Prüfung der Sache in diesem Zeitraum an (Kan 2015: 64).

Tatsächlich hatte die Meerwassereinleitung auf Anordnung von Werksleiter Yoshida bereits begonnen. Der ins Premierministeramt entsandte TEPCO-Manager Takekuro, der Kans Anordnung so verstanden hatte, dass die Genehmigung für den Prozess noch nicht erteilt sei, versuchte daraufhin zu intervenieren und die Einleitung des Wassers zu unterbrechen. Yoshida ignorierte dies jedoch, so dass es zu keiner Unterbrechung kam.

Kan wusste von all diesen Vorgängen nichts, erteilte später die „finale“ Genehmigung, die dann aber bereits gar nicht mehr relevant war (NAICC 2012b: 9, 10, 53-55).

Die Sache erhielt eine große politische Brisanz aufgrund eines Artikels in der Yomiuri Zeitung vom 21. Mai 2011 (YS 21.05.2011). In dem Artikel wurde impliziert, Kan habe eine Unterbrechung der Mehrwassereinleitung angeordnet, was mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit den Unfallverlauf verschlimmert hätte. Das schlug erhebliche Wellen und führte dazu, Kans Ruf eines hektischen Mikromanagers, der dazu noch Fehlentscheidungen trifft, weit zu verbreiten. Kans Umfragewerte brachen daraufhin ein.

Der TEPCO-Rückzug

Am 14. März, drei Tage nach dem Erdbeben, spitze sich die Lage im Atomkraftwerk dramatisch zu. Insbesondere gelang die Wassereinleitung bei Reaktor 2 nicht, so dass der Druck im Inneren ständig weiter anstieg. Eine massive Beschädigung und ein Austritt der Kernbrennstoffe wurden immer wahrscheinlicher.

In dieser Situation wurde in der TEPCO-Zentrale der Plan zur Evakuierung des Werkes gefasst. Bis heute nicht ganz geklärt ist dabei die Frage, ob dies eine vollständige Evakuierung sämtlichen Personals sein, oder ob eine operative Kernmannschaft zurückbleiben sollte, die selbst unter höchster Lebensgefahr bis zum Äußersten versucht, alle erdenklichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Aussagen der wesentlichen Protagonisten lassen darauf schließen, dass die Werksleitung ganz darauf eingestellt war, durchzuhalten,

während die Zentrale auch die Gesamträumung der Anlage ins Auge gefasst hatte⁵. Letzteres hätte bedeutet, dass das Worst-Case Szenario des Unfalls, das im weiteren Verlauf zur Unbewohnbarkeit weiter Teile Ost-Japans einschließlich Tokios geführt hätte, unvermeidbar geworden wäre.

Im Premierministeramt verfestigte sich der Eindruck, dass die Gesamtaufgabe des Werkes beabsichtigt sei. Der Vorstandsvorsitzende von TEPCO, Shimizu, führte dringende Telefonate mit Wirtschaftsminister Kaiëda und Kabinettssekretär Edano, die von beiden Politikern als Bitte um die Genehmigung eines vollständigen Rückzugs interpretiert wurden (Fukuyama 2012: 102, 103; Kaiëda 2012: 58-63).

Auf dieser Basis wurde Kan am 15. März um 3.00 Uhr morgens geweckt, um seine finale Entscheidung einzuholen. Kan reagierte jedoch sehr energisch. Zunächst ließ er keinen Zweifel darüber aufkommen, dass ein Rückzug unter keinen Umständen in Betracht komme, auch wenn es Menschenleben kosten sollte. Dann bestellte er TEPCO-Chef Shimizu ein, der ca. eine Stunde später eintraf. Er teilte ihm seine Entscheidung mit und kündigte weiter an, innerhalb von zwei Stunden die TEPCO-Zentrale zu besuchen, um zum gesamten Management zu sprechen.

In der TEPCO-Zentrale richtete Kan sodann einen hochemotionalen Appell an die Führungsmannschaft zum Durchhalten und zur Verbesserung der Zusammenarbeit. Weiterhin kündigte er die Einrichtung einer gemeinsamen Notfallzentrale von TEPCO und Regierung an, um die massiven Kommunikations- und Koordinationsschwierigkeiten zu überwinden (Hosono und Torigoe 2012: 90-102). Die gemeinsame Notfallzentrale nahm zügig ihre Arbeit auf und operierte mit Erfolg. Die späteren Untersuchungskommissionen bestätigten, dass sich die Kommunikation zwischen den staatlichen Stellen und TEPCO und damit die Koordination bei der Unfallbekämpfung spürbar verbesserten (ICAFNPS 2012a: 85; NAIIC 2012b: 67). Dennoch kritisierte der parlamentarische Untersuchungsausschuss die Einrichtung der gemeinsamen Notfallzentrale, da es dafür keine rechtliche Basis gab. Das Verantwortungsgefühl bei TEPCO sei dadurch möglicherweise vermindert worden, da nach dem Gesetz der Betreiber für die Bekämpfung des Unfalls zuständig war, während sich die Regierung auf die Evakuierungen und andere Maßnahmen außerhalb des Werksgeländes hätte konzentrieren sollen (NAIIC 2012b: 67).

Als Fazit kann gezogen werden, dass Kan sich bis hin zu einigen Detailfragen in hohem Maße persönlich in die Unfallbekämpfung involvierte, da er das Vertrauen in die eigentlich dafür zuständigen Institutionen – TEPCO und NISA – verloren hatte. In welchem Maße das die Unfallbekämpfung positiv beeinflusst hat, muss dahingestellt bleiben. Die Meinungen dazu gehen auch über vier Jahr nach dem Unglück weit auseinander. Falls die Verantwortlichen der TEPCO-Zentrale jedoch zu irgendeinem Zeitpunkt tatsächlich bereit waren, das

⁵ Sowohl der parlamentarische als auch der Untersuchungsausschuss der Regierung widmen sich eingehend dieser Episode und kommen zu dem Urteil, dass TEPCO die Absicht eines vollständigen Rückzugs nicht nachgewiesen werden kann (ICAFNPS 2012b: 230-237; NAIIC 2012b: 55-57). Mit Erstaunen nimmt der Journalist Shioya zur Kenntnis, dass der parlamentarische Untersuchungsausschuss daraus weiter schlussfolgert, dass ein solcher Rückzug wohl auch nicht vorgesehen war (Shioya 2013: 170, 171). Kein eindeutiges Bild ergibt sich auch aus den Videokonferenzen zwischen der TEPCO-Zentrale und dem Atomkraftwerk (Kiroku Chiimu 2013: 348-359).

Atomkraftwerk Fukushima Daiichi vollständig zu räumen, könnte Kans Intervention den Zusammenbruch Ost-Japans verhindert haben.

Auf der anderen Seite gibt es keine konkreten Nachweise dafür, dass Kans Krisenmanagement die Unfallbekämpfung nachhaltig negativ beeinflusst hätte, auch wenn er alle Verantwortlichen unter einen für diese unerfreulichen Druck gesetzt hatte, und die Auseinandersetzung mit den Rückfragen des Premierministeramtes zusätzliche Zeit in Anspruch nahm.

Kan hat sich zweifelsohne unter hohem persönlichem Einsatz den Herausforderungen der Atomkatastrophe gestellt. Man mag annehmen, dass dies wohl eine Selbstverständlichkeit für den höchsten Entscheidungsträger des Landes in Zeiten einer nationalen Krise sei. Ein Verhalten, wie es etwa der Kapitän des vor der italienischen Küste gekenterten Kreuzfahrtschiffes Costa Concordia, oder der Kapitän der vor der koreanischen Küste gekenterten Fähre Sewol, die beide mit als erste von Bord gegangen waren und ihre Passagiere im Stich ließen, an den Tag legten, dürfte ja wohl bei einem Premierminister undenkbar sein.

Das muss es aber keineswegs sein. So hätte beinahe statt Kan dessen parteiinterner Widersacher Ichirō Ozawa zum Zeitpunkt des Unfalls auf dem Stuhl des Premierministers gesessen⁶. Über Ozawas Reaktion nach dem Unfall berichtet seine damalige Ehefrau Kazuko. Ozawa habe am 25.03.2011 aus Furcht vor der Strahlung die Flucht aus Tokio ergriffen, nachdem er sich zuvor in seinem Haus verbarrikadiert hatte. Aus Angst vor vielleicht kontaminiertem Leitungswasser ließ er seine Wäsche mit Mineralwasser waschen. In einem Brief an Unterstützer in der Präfektur Iwate schreibt Kazuko: „In der Stunde der höchsten Not ergriff Ozawa die Flucht und ließ uns im Stich. Da ist mir klar geworden, dass dieser Mann weder im Dienste von Iwate noch von Japan steht. Ich habe mich daher scheiden lassen“ (Matsuda 2013: 10; *YS* 23.06.2012). Wie hätte das Krisenmanagement unter einem Premierminister Ozawa ausgesehen? Auch andere hohe Entscheidungsträger waren der Sache offenbar nicht gewachsen. So verschwand TEPCO-Präsident Shimizu wenige Tage nach der „Rückzugsaffäre“ von der öffentlichen Bildfläche und ließ sich am 29. März ins Krankenhaus einliefern, so dass er bei den weiteren Maßnahmen zur Unfallbekämpfung keine Rolle mehr spielte (*WJ* 31.03.2011).

Damit ergibt sich die Frage, nach den Ursachen für Kans Popularitätsabfall im Nachgang des Atomunglücks. Worauf ist dieser zurückzuführen, und mit welchen Implikationen ist das verbunden?

⁶ Bei der internen Abstimmung der DPJ über den Parteivorsitz und damit über den Kandidaten der Partei für das Premierministeramt am 14. September 2010 setzte sich Kan gegen Ozawa mit nur knapper Mehrheit durch (Shinoda 2013: 189).

3 Kans Popularität und dessen Einflussfaktoren

3.1 Kans persönlicher Politikstil

Naoto Kans Spitzname lautet „Ira-Kan“ was so viel wie „zorniger Kan“ bedeutet. In kritischen Situationen scheint er dazu zu neigen, auch einmal die Stimme zu heben, und den Dialog unter Verzicht auf die üblichen Höflichkeitsfloskeln zu führen. Sein Umfeld berichtet aber ebenso davon, dass er direkte Antworten sehr schätzt, auch wenn diese nicht wie erwartet ausfallen oder Widerspruch enthalten (Hosono und Torigoe 2012: 28). Während des akuten Stadiums der Fukushima-Krise reagierte Kan offenbar in vielen Situationen gereizt und aufgebracht, insbesondere wenn er gar keine Antworten auf seine Fragen erhielt, wenn auch detaillierte Schilderungen dazu oftmals widersprüchlich ausfallen⁷.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Kan zu Werksleiter Yoshida. Wie andere Manager von TEPCO und den Atomaufsichtsbehörden, äußerte sich Yoshida später wenig positiv über Kans Auftreten, das er als rüde empfand (Kadota 2014: 185-189). Yoshida gab jedoch direkte Antworten auf direkte Fragen und lies keinen Zweifel daran, dass er sich seiner Verantwortung stellte. Kan seinerseits äußerte sich daher später stets uneingeschränkt positiv über den Werksleiter. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass Kan in vielen anderen Fällen nicht mit direkter namentlicher Kritik an den handelnden Personen gespart hat. Dass in diesem Zusammenhang die Episode vom Leiter der Atomaufsicht Terasaka, der seine Inkompetenz mit den Worten „Ich bin Absolvent der Wirtschaftsfakultät der Tokio Universität“ entschuldigt hat, von Kan selbst publik gemacht wurde, dürfte ihm dabei die nachhaltige Feindschaft weiter Kreise der Spitzenbeamtenschaft, die ebenfalls oft Absolventen der Tokio Universität sind, eingebracht haben.

Auf der politischen Ebene manifestierte sich Kans Stil darin, dass er auch dort mit seinen Überzeugungen nicht hinter dem Berg hielt, selbst wenn es ihm bzw. seiner Partei nicht zum Vorteil gereichte. Ein prominentes Beispiel dafür ist Kans Eintreten für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Vorfeld der Oberhauswahlen 2010, was mit dazu beitrug, dass seine Partei die Mehrheit dort verlor. Das verstärkte die Reihen der innerparteilichen Kritiker Kans (Shinoda 2013: 187-189).

Kans politische Herkunft waren keine etablierten Parteizirkel sondern die Bürgerrechtsbewegungen. Dies reflektiert sich auch in seinem offenen und kämpferischen Politikstil. Ein wenig ist er vergleichbar mit dem Grünen-Politiker und ehemaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer. Innige politische Feindschaften gehen mit diesem Politikstil offenbar Hand in Hand.

⁷ Ein markantes Beispiel ist die widersprüchliche Schilderung von Kans Reaktion bei der TEPCO-Rückzugsaffäre durch den damaligen stellvertretenden Kabinettssekretär Fukuyama einerseits und den damaligen Leiter der Nuklearen Sicherheitskommission Madarame andererseits. (Fukuyama 2012: 7, 8; Okamoto 2012: 97-99)

3.2 Die politische Lage

Schon bei Amtsantritt als Premierminister befand sich Kan in einer politisch fragilen Position. Zwar hatte seine Partei, die Demokratische Partei Japans (DPJ), einen erdrutschartigen Sieg über die Dauerregierungspartei LDP (Liberal Demokratische Partei) bei den Unterhauswahlen 2009 davongetragen, aber insbesondere durch innerparteilichen Querelen hatte die DPJ bei Kans Amtsantritt in der Wählergunst bereits stark eingebüßt. Nach Yukio Hatoyama war Kan bereits der zweite Premierminister der DPJ während der Legislaturperiode, und dafür hatte er sich auch nur mit knapper Mehrheit innerhalb seiner eigenen Partei gegen seinen Rivalen Ichirō Ozawa durchgesetzt.

Bereits vor dem Tōhoku Erdbeben war Kans politische Lage sehr unstabil. Seine innerparteilichen Widersacher arbeiteten bereits an seinem Sturz, und die LDP nutzte die Situation weidlich zur Verbesserung ihrer eigenen Umfragewerte.

Die Erdbebenkatastrophe und das Atomunglück zwangen die politischen Akteure dann für eine kurze Zeit zum Innehalten bei der gegenseitigen Zerfleischung. Aber schon wenige Wochen nachdem die Lage in der Atomanlage als einigermaßen stabilisiert galt, flammten die politischen Rivalitäten wieder auf.

Die massiven Angriffe auf Kan, die aufgrund seines persönlichen Politikstils und der unstabilen Lage erheblich vereinfacht wurden, dienten seinen politischen Widersachern schlicht dazu, ihre eigene Position zu verbessern. Insbesondere die oppositionelle LDP witterte Morgenluft und sah die Kritik am Krisenmanagement der Regierung als Chance, noch massiver und noch schneller als zuvor erhofft, Kapital aus der Schwäche der Regierung schlagen zu können (Shinoda 2013: 209-212).

Ein Beispiel dafür ist ein Aufsatz des damaligen Oppositionspolitikers und heutigen Premierministers Abe vom Juli 2011 in der Zeitschrift *WiLL*. Abe greift das Krisenmanagement von Kan massiv an. Er habe durch seinen Stil die wesentlichen Akteure bei der Unfallbekämpfung, insbesondere TEPCO, „demotiviert“ (Abe 2011: 31). Abe greift weiterhin die Meerwasseraffäre auf und wirft Kan und seiner Regierung vor, damit möglicherweise ursächlich dafür verantwortlich zu sein, dass der Unfall außer Kontrolle geriet (Abe 2011: 35). Auch Abe muss allerdings bekannt gewesen sein, dass die Diskussionen um die Meerwasserkühlung erst nach der Explosion des Reaktorblocks 1, bei der für die gesamte Welt sichtbar geworden war, dass nichts mehr unter Kontrolle war, ihren Höhepunkt erreichten. Kurz vor Abes Beitrag war der oben erwähnte Artikel in der *Yomiuri Zeitung* zur „Meerwasseraffäre“ erschienen.

Abes Ausführungen insgesamt lassen darauf schließen, dass er in Kans Position vielleicht so gehandelt hätte, wie es auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss für angemessen erachtet hätte: Der Premierminister und die Regierung konzentrieren sich auf die Unfallfolgenbekämpfung außerhalb des Werkes, während der Betreiber alle Entscheidungen

zur Eindämmung des Unfalls im Werk in eigener Regie trifft⁸. Trotz der gravierenden Probleme von TEPCO und der NISA hätte die Regierung also abwarten sollen, ob es gut geht.

3.3 Kans Atompolitik nach dem Atomunglück und die Rolle der Medien

Nach der Eindämmung des Atomunfalls änderte Kan, der zuvor ein uneingeschränkter Befürworter der Atomenergie war, seine Haltung zu dem Thema. Bei einer Reihe von Gelegenheiten ging er öffentlich mehr und mehr auf Distanz zur bisherigen Energiepolitik bis zu dem Punkt, an dem er seine Auffassung verkündete, Japan solle zumindest mittelfristig vollständig auf die Atomkraft verzichten (Kan 2015: 109-129).

Hand in Hand damit leitete Kan eine fundamentale Reform der Atomaufsicht ein, die zur Gründung der heute zuständigen Nuklear Regulation Authority (NRA) führte, die heute wesentlich unabhängiger und fachkundiger als die NISA ihren Aufgaben nachgehen kann. Die Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke wurden in diesem Zusammenhang erheblich verschärft (Kushida 2013: 437).

Kan scheute auch nicht vor drastischen Maßnahmen zurück, um den Politikwechsel durchzusetzen. Bestes Beispiel dafür ist die Forderung nach der Stilllegung des Atomkraftwerks Hamaoka an der japanischen Südost-Küste am 06. Mai 2011. Hamaoka steht in einem Gebiet mit einem besonders hohen Erdbebenrisiko. Im Falle eines großen Bebens im Nankai-Graben vor der Küste des Festlandes, könnte Hamaoka von einer Tsunami heimgesucht werden, die die Tsunami des Tōhoku Erdbebens noch übertrifft. Das Gebiet um Hamaoka wiederum ist wesentlich dichter besiedelt als die Gegend um Fukushima Daiichi, so dass ein ähnlicher Atomunfall noch viel weitreichendere Folgen haben könnte.

Kan verfügte jedoch über keinerlei rechtliche Grundlage für seine Forderung. Hamaoka besaß gültige Betriebsgenehmigungen, und eine gesetzliche Basis, die Stilllegung herbeizuführen, gab es nicht. Dennoch unterwarf sich die Betreibergesellschaft Chūbū Electric Power den Wünschen des Premierministers und nahm die Atomanlage vom Netz (Kaiēda 2012: 212-230).

Kans Sinneswandel in der Energiepolitik und sein drastisches Vorgehen schockierte das weitgehend pro-Atom eingestellte politische Establishment, das Spitzenbeamtenum, weite Teile der Industrie und die konservativen Medien (Abe 2011: 34,35; YS Seijibu 2011: 156-186).

Die Konsequenzen davon können am Beispiel der weltweit auflagenstärksten Zeitung Yomiuri verdeutlicht werden. Maßgeblich kontrolliert wird die Yomiuri Zeitung von der Familie Shōriki. Deren früheres Oberhaupt Matsutarō Shōriki gilt als einer der Gründerväter der Atomenergie in Japan. In den 50er Jahren setzte sich Shōriki zusammen mit dem späteren

⁸ “The politicians in the fifth floor of the Kantei did not understand the correct role of the government and the Kantei – that is, the necessity of putting all possible effort into the off-site response to the accident... In addition, the politicians at the fifth floor of the Kantei, who were becoming impatient with the progress of events and frustrated by the insufficient information coming in from TEPCO and others, intervened in the on-site emergency response, which should have been left primarily to the operators” (NAIIC 2012b: 66-67).

Premierminister Nakasone dafür ein, die Technologie für die friedliche Atomkraft aus dem Ausland einzuführen. 1956 wurde Shōriki Vorsitzender der Japanese Atomic Energy Commission und im gleichen Jahr auch Leiter der neu eingerichteten Behörde für Wissenschaft und Technik. Beide Institutionen waren dem Kabinett von Premierminister Ichirō Hatoyama angegliedert (Samuels 1987: 235-239). Es war von vornherein keine einfache Aufgabe, die Japaner, bei denen die Erinnerungen an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki noch frisch waren, vom Nutzen der Kernenergie zu überzeugen. Es gelang jedoch, die strikte Unterscheidung zwischen der Atomtechnik für friedliche Zwecke, die rein positive Merkmale hat, und der militärischen Nutzung der Kernspaltung, die grundsätzlich abzulehnen ist, fest zu etablieren. Dazu haben die Medien, allen voran die Yomiuri Zeitung, entscheidend beigetragen (AS 2014: 65-110).

Die Yomiuri Zeitung hat so stets einen konsequent Atomkraft befürwortenden Kurs gefahren und davon nicht zuletzt durch die hohen Werbeeinnahmen von den Elektrizitätswerken stark profitiert (Nakano 2015: 12-17).

In diesem Lichte müssen auch die harten Attacken gegen Kan, exemplifiziert durch die Artikel zur „Meerwasseraffäre“ und das eingangs erwähnte Buch „Der Premierminister, der das Land ruinierte“ der gesamten Politikredaktion, gesehen werden. Kan hatte die Axt an einen wichtigen Teil des Geschäftsmodells der Yomiuri Zeitung und anderer konservativer Medien angelegt.

4 Zusammenfassung, Fazit und Implikationen

Naoto Kan hat sich der Atomkrise mit hohem persönlichem Einsatz gestellt. Wie er selbst einräumt, hat er dabei Fehler gemacht, die jedoch nach seiner Auffassung der unübersichtlichen Lage geschuldet waren. Inwieweit sein Krisenmanagement die Eindämmung des Unfalls ursächlich mit herbeigeführt hat, muss offen bleiben. Es kann jedoch angenommen werden, dass seine Intervention am 15. März, falls das TEPCO-Management tatsächlich den vollständigen Rückzug aus der Atomanlage geplant hatte, den Zusammenbruch von Ost-Japan verhindert hat. Kans damaliger Assistent Hosono beschreibt in diesem Zusammenhang eindrucksvoll, dass Kans energische Reaktion bei allen Beteiligten das nachhaltige Bewusstsein verankert hat, dass ein Rückzug auch im weiteren Verlauf keine Option gewesen wäre (Hosono und Torigoe 2012: 97).

Nachhaltig negative Einflüsse von Kans Krisenmanagement auf den Unfallverlauf sind nicht nachweisbar.

Kans weiteres Wirken als Premierminister nach der kritischen Phase des Atomunfalls, insbesondere seine Kehrtwende in der Energiepolitik und seine Forderung nach der Stilllegung des Atomkraftwerks Hamaoka auch ohne rechtliche Grundlage, hat weiterhin zur eindringlichen Diskussion in der Bevölkerung um die Kernenergie und zur Tatsache, dass bis heute – mit Ausnahme des im August 2015 wieder angefahrenen Werkes Sendai – sämtliche Atomanlagen weiter vom Netz sind, erheblich mit beigetragen. Das mag man befürworten oder beklagen.

Kans persönlicher Politikstil jedoch, der ihn bei früheren Stationen seiner politischen Laufbahn oft zum Vorteil gereichte, und der ein wesentlicher Faktor für seinen Aufstieg zu einem der beliebtesten Politiker des Landes war (Stockwin 2008: 91), machte ihn im Rahmen der unübersichtlichen und hochkomplexen Situation der Atomunfallbekämpfung angreifbar. Aufgrund der fragilen politischen Lage lohnte es sich weiterhin für seine Gegner in der Führung der oppositionellen LDP aber auch für seine innerparteilichen Widersacher, diesen Punkt maximal auszunutzen. Wichtige Medien, die großen Einfluss auf das Image von Politikern in der Öffentlichkeit haben, griffen die Kritik an Kans Krisenmanagement auf, da seine Kehrtwende in der Energiepolitik etablierte Interessensverbindungen zu zerstören drohten. Es war und ist darüber hinaus bequem, vielleicht auch für weite Teile der Öffentlichkeit, im Krisenmanagement des Premierministeramtes einen der Gründe für das Unfallchaos identifizieren zu können, da dies die Aufmerksamkeit von tieferen strukturellen Problemen der japanischen Atomwirtschaft, die auch zu den unterliegenden Ursachen des Unglücks von Fukushima Daiichi zählen, ablenkt. Shioya führt hier die Tatsache an, dass nahezu alle Atomreaktoren Japans in großer Dichte direkt an die tsunamianfälligen Küsten Japans gebaut wurden, und dass das Durchschnittsalter der Anlagen höher ist als in vielen anderen Ländern. Shioya kritisiert in diesem Zusammenhang die Untersuchungsberichte sowohl des Parlaments als auch der Regierung, die bis ins Detail auch unwesentliche Einzelheiten im Zusammenhang mit dem Unfall von Fukushima auszuleuchten suchen, aber die systemischen Schwächen der japanischen Atomindustrie als Ganzes völlig ausblenden. Damit wird der Atomunfall von Fukushima implizit als Sonderfall ohne Bezüge zur Gesamtstruktur behandelt (Shioya 2013: 178-194).

Kans Erinnerungen an das Atomunglück – die keine offensichtlichen Widersprüche zu den Untersuchungsberichten von Parlament und Regierung aufweisen, wohl aber einzelne Episoden anders bewerten – werfen noch einmal ein Schlaglicht auf wesentliche Fragen, die sich auch in anderen Ländern im Zusammenhang mit einem möglichen Atomnotstand stellen, und die bei ungenügender Planung die politische Führung zu höchsten Improvisationsleistungen zwingen würden.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit von Betreiber und staatlichen Behörden im Falle eines Atomunfalls? Was kann getan werden, wenn der Betreiber versagt? Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es dann, und wer verfügt überhaupt über ausreichendes Know-how, um sinnvolle Anordnungen geben zu können? Wie gestaltet sich im Katastrophenfall die Zusammenarbeit unterschiedlicher staatlicher Ebenen und Einrichtungen wie z.B. in Deutschland Bund, Länder und Kommunen sowie Polizei, Bundeswehr und Feuerwehren. Wer hat die Befugnis und wer die Kompetenz zur übergreifenden Koordination? Das Katastrophenschutzrecht etwa ist Ländersache. Von der Energiepolitik bis zum NSU-Fall zeigt sich immer wieder, dass die Bund-Länder Koordination nicht einfach ist. Wie wäre es bei einer ebenso komplexen wie dringenden Situation wie sie ein schweres Atomunglück konstituiert? Gäbe es weiterhin Mechanismen für einen koordinierten Presseauftritt von Bund, betroffenen Ländern und Betreiber, der aufklärt ohne Panik auszulösen? Wie steht es schließlich mit EU-weiten Regelungen, wenn in einem Nachbarland nahe der deutschen Grenze ein Atomunglück passiert?

Einige dieser Fragen hat ein Arbeitskreis der Innenministerkonferenz zu den Konsequenzen aus dem Fukushima Unfall aufgegriffen und Empfehlungen dazu gegeben. Der Abschlussbericht des Arbeitskreises verdeutlicht aber auch zahlreiche noch offene Punkte auf diesem Gebiet (Arbeitsgruppe „Fukushima“ 2014).

Literatur

Abe, Shinzo (2011), “Genpatsu • Shinsaifukkō: Watakushi nara kō yaru“ [Wiederaufbau nach Atomunfall und Erdbeben: Wie ich es machen würde], in: *WiLL*, Juli, S. 28-37.

Arbeitsgruppe „Fukushima“ (2014), *Abschlussbericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Fukushima“*, http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/14-12-11_12/anlage1zu34.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (03.08.2015).

AS (Asahi Shinbun Tokubetsu Hōdōbu) (2012), *Purometeusu no Hana: Akiraka sarenakatta Fukushima Genpatsujiko Shinjitsu* [Die Falle des Prometheus – Die versteckten Wahrheiten des Fukushima Atomunfalls], Tōkyō: Gakken.

AS (Asahi Shinbun Shuzaihan) (2014), *Kore demo Nihonjin ha Genpatsu o eranda* [Dennoch haben die Japaner die Atomkraft gewählt], Tōkyō: Asahi Shinbun Shuppan

Edano, Yukio (2012), *Tatakarete mo iwaneba naranai Koto* [Was ich sagen muss, auch wenn ich dafür geschlagen werde]. Tōkyō: Tōyō Keizai Shinbunsha.

Fukushima Kenshōiinkai (Fukushima Genpatsujiko dokuritsu Kenshōiinkai) (Hg.) (2012), *Chōsa • Kenshōhōkokushō* [Bericht der unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Fukushima Atomunfalls], Tōkyō: Discovery21.

Fukuyama Tetsurō (2012), *Genpatsu Kiki • Kantei kara no Shōgen* [Die Atomkrise • Zeugnis aus dem Premierministeramt], Tōkyō: Chikuma Shinsho.

Hosono, Gōshi und Shuntarō Torigoe (2012), *Shōgen* [Zeugnis] Tōkyō: Kōdansha.

ICAFNPS (Investigation Committee on the Accident at the Fukushima Nuclear Power Stations) (2012a.), *Interim Report*, Tokyo: Cabinet Office, <http://www.cas.go.jp/jp/seisaku/icanps/eng/> (02.08.2015).

ICAFNPS (Investigation Committee on the Accident at the Fukushima Nuclear Power Stations) (2012b.), *Final Report*, Tokyo: Cabinet Office, <http://www.cas.go.jp/jp/seisaku/icanps/eng/> (02.08.2015).

Kadota, Ryūshō (2012), *Shi no Fuchi o mita Oktoko* [Der Mann, der in den Abgrund des Todes blickte], Tōkyō: PHP.

Kadota, Ryūshō (2014), *Yoshida Chōsho o yomikaku* [Die Aufzeichnung der Yoshida Protokolle], Tōkyō: PHP.

- Kaiēda, Banri (2012), *Kaieda Nōto* [Die Notizen von Kaieda], Tōkyō: Kōdansha.
- Kan, Naoto (2015), *Als Premierminister während der Fukushima-Krise*, München: Iudicium.
- Kiroku Chiimu (Fukushima Genpatsujiko Kiroku Chiimu 2013), *Fukushima Genpatsujiko: Tōden Terebi Kaigi 49 Jikan no Kiroku* [Der Atomunfall von Fukushima: Die Dokumentation von 49 Stunden TEPCO-Videokonferenzen], Tōkyō: Iwanami.
- Kondō, Shunsuke (2011), *Fukushima Daiichi Genshiryokuhatsudensho no Fusokujitai Shinario no Sobyō* [Grobe Szenarien zu unvorhergesehenen Situationen in der Atomanlage Fukushima Daiichi], <http://www.asahi-net.or.jp/~pn8r-fjsk/saiakusinario.pdf> (11.08.2015).
- Kushida, Kenji E. (2013), “The DPJ’s Political Response to the Fukushima Nuclear Disaster”, in: Kenji E. Kushida, Phillip Y. Lipsky (ed.), *Japan under the LDP: The Politics of Transition and Governance*, Stanford: Walter H. Shorenstein Asia-Pacific Research Center, S. 405-444.
- Lochbaum, David; Edwin Lyman; Susan Q.Stranahan (2014), *Fukushima: The Story of a Nuclear Disaster*. New York: The New Press
- Matsuda, Kenya (2013), *Ozawa Ichirō – Sabishiki Kazoku no Shōzō* [Ozawa Ichirō – Porträt einer traurigen Familie], Tōkyō: Bungeishunjū
- NAIIC (The Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission) (2012a), *Executive Summary*, Tokyo: The National Diet of Japan, http://warp.da.ndl.go.jp/info:ndljp/pid/3856371/naiic.go.jp/wp-content/uploads/2012/09/NAIIC_report_lo_res10.pdf (01.08.2015).
- NAIIC (The Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission) (2012b), *Main Report*, Tokyo: The National Diet of Japan, <http://warp.da.ndl.go.jp/info:ndljp/pid/3856371/naiic.go.jp/en/report/> (01.08.2015).
- Nakano, Yōichi (2015), „Genpatsu Sangyō no Kane to Hito“ [Geld und Menschen der Atomindustrie], in: *Kyūshū Kokusai Daigaku Shakai Bunka Kenkyūjo Kiyō*, 70, S. 1-48, <http://www.kiu.ac.jp/organization/library/memoir/img/pdf/shabunken70-002nakano.pdf> (12.08.2015).
- Newton (2014), *Kenshō: Fukushima Genpatsu 1000 Nichi no Dokyumento* [Im Bild: Die Dokumentation von 1000 Tagen des Atomkraftwerks Fukushima]; Tōkyō: Newton Press.
- Okamoto, Kōji (2012), *Shōgen: Madarame Haruki* [Zeugnis von Haruki Madarame], Tōkyō: Shinchōsha.
- Samuels, Richard J. (1987), *The Business of the Japanese State: Energy Markets in Comparative and Historical Perspective*, Ithaca: Cornell University Press.

- Samuels, Richard J. (2013), *3.11: Disaster and Change in Japan*, Ithaca: Cornell University Press.
- Shinoda, Tomohito (2013), *Comparative Japanese Politics: Institutional Changes and Power Shifts*, New York: Columbia University Press
- Shioya, Yoshio (2013), *Genpatsujiko Hōkokusho no Shinjitsu to Uso* [Wahrheit und Lüge bei den Untersuchungsberichten zum Atomunfall], Tōkyō: Bunshun Shinsho.
- Tōden (Tōkyō Denryoku) (2012), *Fukushima Genshiryokujiko Hōkokusho* [Bericht zum Unfall des Fukushima Atomkraftwerks], Tokyo: Tōden, <http://www.tepco.co.jp/decommission/accident/report/index-j.html> (10.08.2015).
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (21.05.2011), “Shushō Ikō de Kaisuichūnyū Chūdan” [Stop der Meerwassereinleitung auf Veranlassung des Premierministers], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (23.06.2012), “Ozawa shi Shishitsu: Tsuma ga Kokuhatu” [Ehefrau klagt an: Die Persönlichkeit des Herrn Ozawa], S. 2, 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (2015), *Media Data 2014-15*, http://adv.yomiuri.co.jp/m-data/english/download/mediakit2014_2015.pdf (12.08.2015).
- YS Seijibu (*Yomiuri Shinbun Seijibu*) (2011), *Bōkoku no Saishō* [Der Premierminister, der das Land ruinierte], Tōkyō: Shinchōsha.